



Tipp des Tages „Escht Kabarett auf dem Quirl-Grill“, an Gladbachs Gnadengemeindekirche, 19 Uhr

Mit Tempo 30 durch ganz Rösrath

Entwurf für neuen Lärmaktionsplan – Reduzierte Geschwindigkeit auf den Hauptstraßen in den Ortszentren

VON THOMAS RAUSCH

Rösrath. Deutlich überarbeitet hat die Stadtverwaltung ihren Entwurf für einen neuen Lärmaktionsplan. Für Aufsehen sorgt die anvisierte Einführung von Tempo 30 in den Ortszentren Rösrath, Hoffnungsthal und Forsbach. Bisher war die Stadt bei solchen Tempobeschränkungen auf den Hauptverkehrsadern, die allesamt Landesstraßen sind, sehr zurückhaltend. Nun aber ist offenbar geklärt, dass die Handlungsspielräume der Stadt größer sind als in der Vergangenheit gedacht. „Auch wenn die Stadt Rösrath hier nicht Straßenbaulastträger ist, kann sie innerhalb der Ortsdurchfahrt entsprechende Beschränkungen anordnen“, stellt die Verwaltung unter der Regie der Beigeordneten Bianca Lorenz und der neuen Fachbereichsleiterin Kerstin Frey fest.

„Für die Strecke vom Sommerberg bis zur Gebrüder-Reusch-Straße würden statt bisher drei Minuten künftig fünf Minuten benötigt“

Stadtverwaltung zur Auswirkung der Tempo-30-Begrenzung

Im Ortsteil Rösrath soll Tempo 30 auf der Hauptstraße von der Kreuzung Brückenweg bis zum Abzweig Am Sommerberg gelten. In Hoffnungsthal sind Hauptstraße und Bergische Landstraße betroffen, vom Abzweig Am Sommerberg bis zum Einmündung der Gebrüder-Reusch-Straße. Damit soll auf der Ortsdurchfahrt vom Brückenweg bis zur Gebrüder-Reusch-Straße durchgehend Tempo 30 gelten. In Forsbach soll die Temporeduzierung auf der Bensberger Straße gelten, vom Holzmarkt bis zur Gaststätte Altvolberger Hof.

Für Überraschung sorgte der Umstand, dass die Tempo-30-Zonen relativ groß sind – insbesondere auch der Umstand, dass es zwischen Rösrath und Hoffnungsthal keinen Abschnitt mit Tempo 50 gibt. Die Verwaltung hat dies klar begründet: „Durch die bewusste Zusammenführung der Tempo-30-Beschränkungen zwischen den Ortsteilen Hoffnungsthal und Rösrath-Mitte an der Einmündung Am Sommerberg wird ein zusätzliches Beschleunigen und Abbremsen zwischen den geschwindigkeitsreduzierten Berei-



Weniger Lärm, mehr Sicherheit: Vom Ortseingang Rösrath bis hinter den Ortskern von Hoffnungsthal soll laut Plan der Stadtverwaltung künftig eine Höchstgeschwindigkeit von Tempo 30 gelten. Foto/Montage: Guido Wagner

chen, und somit eine zusätzliche Lärmquelle, vermieden.“

Durch Tempo 30 statt Tempo 50 werde nach Aussagen der Fachliteratur eine „Halbierung der empfundenen Lautstärke“ erreicht. Gleichzeitig werde der Zeitaufwand für die Ortsdurchfahrt nicht wesentlich größer: Für die Strecke vom Sommerberg bis zur Gebrüder-Reusch-Straße würden statt bisher drei Minuten künftig fünf Minuten benötigt. Zudem sei Tempo 30 ein Gewinn für die Verkehrssicherheit – für alle Verkehrsarten.

Die Pläne der Stadtverwaltung

finden bereits ein großes Echo. Der Verein Lebenswertes Sülztal, der in der Diskussion um den Lärmaktionsplan bereits sehr aktiv war, begrüßt die überarbeitete Version „ausdrücklich“. Rösrath sei von Straßenverkehrslärm und Fluglärm stark betroffen, der Einfluss der Stadt auf den Fluglärm sei aber „leider begrenzt“. Umso mehr sei entschlossenes Handeln beim Straßenverkehr sinnvoll: „Eine Lärmreduktion entlang der Straßen in den Ortsteilzentren ist durch Tempolimits relativ einfach umzusetzen“, stellt der Verein fest. Das erhöhe

auch die Sicherheit des Fahrradverkehrs und fördere die „Belebung der Ortskerne“.

Auch Johannes Thies von der Initiative „Rösrath Velocity“ freut sich über den „frischen Wind“ aus der Stadtverwaltung. Nach Studien sei bei Tempo 30 auch der Verkehrsfluss besser. „Die Stadt ist mittlerweile so verdichtet und der Gesamtverkehr hat so zugenommen – da ist an vielen Stellen Tempo 50 schlicht zu hoch“, so Thies. Angesichts der geplanten weiteren Bebauung in Venauen werde auch dort der Verkehr zunehmen, daher sei Tempo 30 auch

WEITERE MAßNAHMEN

Neben Tempo 30 in den Ortszentren sind in dem überarbeiteten Entwurf zu einem neuen Lärmaktionsplan auch weitere Maßnahmen zur Stärkung des Radverkehrs vorgesehen – dazu gehören Schutzstreifen, Öffnung weiterer Einbahnstraßen für Radverkehr in zwei Richtungen und Alternativrouten in den Ortszentren. Die Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsmittel wird vor allem durch die „Mobilstationen“ an den Bahnhöfen betrieben. Außerdem dringt die Stadt auf weitere Sanierungsmaßnahmen auf den Hauptverkehrsstraßen, um Lärm durch schadhafte Fahrbahnen zu vermeiden. Sie plädiert für geräuschreduzierende Fahrbahnbeläge, „wo immer möglich“. Auch die Lärmschutzwände an der Autobahn A3 sollen lärmtechnisch saniert werden. Über den neuen Lärmaktionsplan berät der Bauausschuss am Mittwoch, 12. Juni, 18 Uhr, im Bürgerforum Hoffnungsthal, Bürgersaal. Lärm-Betroffene können möglicherweise zu Wort kommen, wenn sie den Ausschussvorsitzenden Stephan Mohr (Grüne) vor Sitzungsbeginn darum bitten. (tr)

zwischen Rösrath-Mitte und Hoffnungsthal angebracht.

Die Stadtratsfraktion ZLR weist auf die 3000 von Lärm an Hauptverkehrsstraßen betroffenen Menschen in Rösrath hin und sieht Tempo 30 als die „einfachste und schnellste Lösung“. Zudem gebe es eine „zwingende rechtliche Verpflichtung zum Lärmschutz“.

Mit der Gegenposition meldet sich die Fraktion Fors-Park zu Wort. Sie will beim Thema Tempo dem Willen der Bevölkerung folgen und hat daher in der Facebook-Gruppe „Wir in Rösrath“ eine Umfrage gestartet, an der sich in kurzer Zeit rund 700 Personen beteiligten, die sich zu über 80 Prozent für Tempo 50 aussprachen. Fors-Park-Fraktionschef Yannick Steinbach räumt ein, dass die Umfrage nicht repräsentativ – „aber nah dran ist sie“, findet er. Er schließt daraus, dass eine große Tempo-30-Zone „in der Bevölkerung nicht erwünscht“ sei und erklärt: „Mit uns – und da sind wir weiter unbeirrt – wird es kein generelles Tempo 30 durch die Ortszentren geben.“ In unübersichtlichen Straßenabschnitten sei es möglich, aber nicht „pauschal“.

KOMMENTAR

Argumente leuchten ein

THOMAS RAUSCH zum Projekt, großflächig Tempo 30 in Rösrath auszuweisen



Noch vor kurzem galt in Rösrath die Devise, dass die Stadt bei Verkehrsbeschränkungen auf den Hauptverkehrsadern, die allesamt Landesstraßen sind, wenige Handlungsmöglichkeiten habe: Zusätzlich sei der Landesbetrieb Straßen NRW. Nach Vorbildern wie der Tempo-30-Regelung auf der Altenberger-Dom-Straße in Bergisch Gladbach-Schildgen und Nachfragen bei der Bezirksregierung stellt sich die Situation aber völlig anders dar. Unter Regie der Beigeordneten Bianca Lorenz und der neuen Fachbereichsleiterin Kerstin Frey will die Stadt nun ihre Handlungsspielräume entschlossen nutzen. Die Verwaltung will Tempo 30 auf den Hauptverkehrsstraßen in den Ortszentren von Rösrath, Hoffnungsthal und Forsbach einführen und nicht nur auf kleinen Teilabschnitten. Dabei argumentiert sie überzeugend: Der Lärm wird halbiert und die Verkehrssicherheit nimmt zu, dabei ist der Zeitverlust für den Kfz-Verkehr gering. Daher ist die Rösrather Politik, die letztlich zu entscheiden hat, gut beraten, wenn sie der gut begründeten Linie der Verwaltung folgt.

Dass es in der Bevölkerung natürlich große Vorbehalte gegen eine fast revolutionär anmutende Neuerung gibt, ist nicht überraschend. Die Umfrage von Fors-Park ist zwar nicht repräsentativ, aber es ist klar, dass das Ändern von Gewohntem nicht unbedingt populär ist. Da ist Überzeugungsarbeit sinnvoll, denn die Argumente der Verwaltung leuchten ein. Zudem trägt Tempo 30 zu lebenswerten Ortszentren bei.

K 37 in Overath ist ab Montag gesperrt

Baubeginn hatte sich wegen Streiks im Baugewerbe verzögert

Overath. Der Rheinisch-Bergische Kreis will laut Mitteilung der Stadtverwaltung Overath in den kommenden Wochen die Fahrbahn der Kreisstraße 37 (K37) sanieren. Wie berichtet war die Strecke vom Agteral auf die Höhe bei Marialinden als Unfallhäufungsstelle gemeldet worden. Die Sanierung soll die Gefahrenstelle nun entschärfen.

Die K 37 soll daher nun ab Montag, 10. Juni, voll gesperrt werden, und zwar im Abschnitt zwischen der Brücke Schlingenbach bis oberhalb der Ortschaft Overath-Breidenassel. In diesem Abschnitt der Kreisstraße wird der Fahrbahnbelag erneuert.

Ursprünglich war die Sperrung der K 37 ab dem 27. Mai geplant, doch die beauftragte Baufirma hatte diesen Starttermin laut Kreisverwaltung kurzfristig abgesagt – aufgrund der Streiks im Baugewerbe.

Die Stadt Overath teilt mit, dass den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern an der K 37 die Zufahrt zu ihren Häusern situationsbedingt weitestgehend ermöglicht werden soll. Eine Umleitungsstrecke für den allgemeinen Verkehr über die Landstraße L 312 und die Bundesstraße B 484 wird ausgeschildert. Rettungs- und Einsatzkräfte werden ebenfalls über die jeweiligen Zufahrtsmöglichkeiten informiert.

Voraussichtlich bis zum 5. Juli werden die Bauarbeiten zur Fahrbahndecken-Erneuerung auf der K 37 zwischen Schlingenbach und Breidenassel dauern. (jer)

Autos von daheim aus zulassen

Sechs Monate müssen die Rhein-Berger noch warten, dann können auch sie wie ihre Nachbarn ihre Fahrzeuge digital anmelden

VON STEPHAN BROCKMEIER

Rhein-Berg. Voraussichtlich ab dem kommenden Jahr werden die Bürgerinnen und Bürger im Rheinisch-Bergischen Kreis ihre neuen Autos digital bei der Kreisverwaltung zulassen können. Es ist dann nicht mehr nötig, vorher einen Zulassungstermin „halb digital“ via Internet oder ganz herkömmlich telefonisch auf dem Amt zu buchen.

Das neue digitale Verfahren funktioniert „24/7“ – also beispielsweise auch am Samstag vor der Sportschau oder Sonntagfrüh nach dem Disco-Besuch – sofern das dann nicht an den Fähigkeiten des Bürgers scheitert. Und das Beste an der Neuerung: Sobald die Online-Anmeldung vollzogen ist, die Gebühren bezahlt und die Kennzeichen gepresst sind, kann die Fahrt mit vorläufigen Unterlagen, die man selbst zu Hause ausdruckt, losgehen – die endgültigen Plaketten und Papiere kommen ein paar Tage später mit der Post.

„i-Kfz“ heißt die neueste Errungenschaft der digitalen Zeit. In Monaten, in denen alle Welt gerne flucht über all das, was nicht so recht funktioniert, hat diese digitale Neuerung des Bundesverkehrsministeriums alle Voraussetzungen, zum Publikumsliedling zu werden – beziehungsweise sie hätte sie, wenn mehr Bürgerinnen und Bürger häufiger als nur alle paar Jahre ihr Auto an-, ab- oder ummelden würden. Um sie nutzen zu können, muss man beispielsweise die Online-Ausweisfunktion seines Personalausweises freigeschaltet haben.

Eingeführt zum 1. September 2023, ist das i-Kfz laut Ministerium mit Stand 27. März 2024 in 81 Prozent aller deutschen Zulassungsbehörden bereits verfügbar, darunter sind von Gummersbach über Siegburg Köln, Leverkusen, Mettmann und das bergische Städtedreieck auch alle Nachbarbehörden der rheinisch-bergischen Kreisverwaltung.

Doch folgen demnächst auch die Beamtinnen und Angestellten am Gladbacher Rübenthal mit dem neuen Angebot, wie Sprecherin Hannah Weisgerber versichert: „Auch beim Rheinisch-Bergischen Kreis soll auf iKfz umgestellt werden.“ Damit korrespondierend solle auch ein neues Kfz-Verfahren eingeführt werden. Weisgerber: „Die Umstellungsarbeiten hierzu laufen derzeit noch und wurden leider zum Teil auch Opfer der Cyber-Attacke Ende vergangenen Jahres auf unseren IT-Dienstleister.“ Voraussichtlich im vierten Quartal dieses Jahres sollen die Umstellungsarbeiten abgeschlossen sein.

Bis dahin funktioniert das mit der Kraftfahrzeug-Zulassung weiterhin nach alter Väter und Mütter Sitte: Termin buchen, aufs Amt gehen und so weiter – oder extragebührenpflichtig einen Dienstleister beauftragen. Anders als in der Corona-Zeit scheinen aber die Wartezeiten inzwischen wieder im Lot zu sein.



Um ein Auto anzumelden, muss man ab Ende des Jahres nicht mehr in eine Stelle des Straßenverkehrsamts gehen. Foto: Ralf Krieger

Weisgerber: „In der Regel sind aktuell Termine innerhalb von zwei Wochen zu erhalten, es werden aber auch innerhalb eines Tages noch Termine abgesagt und so für weitere Kunden wieder frei.“ Kreisweit würden sowohl in der Zulassungsbehörde Bergisch Gladbach als auch in den Servicebüros vor Ort Termine angeboten.

Die Kreis-Sprecherin versichert außerdem: „Vor Ort gibt es nach Terminvereinbarung keine nennenswerten Wartezeiten.“ Das wäre ja

auch noch schöner: Lange Wartezeiten trotz Terminvereinbarung sind doch wohl den Ärztinnen und Ärzten vorbehalten ...

In NRW gibt es das neue Verfahren in 46 der 53 Zulassungsbehörden bereits (Stand 27. März 2024). Noch im Aufbau sind neben dem rheinisch-bergischen Amt in Bergisch Gladbach die Behörden in Gelsenkirchen, Meschede, Lüdenscheid, Olpe, Siegen und Soest, so das Bundesverkehrsministerium unter Berufung auf das Kraftfahrt-Bundesamt.